

Peter Schaaf

Demokratie, Streitkräfte, Gewerkschaften Ein Anstoß



Dr. Peter Schaaf, geb. 1944 in Schwenningen/Neckar, Studium der Volkswirtschaftslehre und Geschichte in Tübingen, Konstanz und Rochester, arbeitet seit 1974 in der Vorstandsverwaltung der IG Metall. Er ist Mitarbeiter der Abteilung 1. Vorsitzender, Grundsatz, Politische Planung und leitet den Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“.

Es ist kein Zufall, wenn ein halbes Jahr nach den Ereignissen des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika erstmalig eine Ausgabe dieser Zeitschrift erscheint, die dem Verhältnis von Militär, Gesellschaft und Gewerkschaften gewidmet ist.

Im Gegensatz zu den 1950er-Jahren, als die Frage der deutschen Wiederbewaffnung und die Aufstellung von Streitkräften viele Menschen erregte und zu hitzigen Diskussionen führte, hat die neue Aufgabenstellung der Bundeswehr keine gesellschaftliche Debatte ähnlichen Musters hervorgebracht, obwohl diese Veränderungen einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung der Streitkräfte und eine Zäsur in der Geschichte der Republik darstellen.

Pikanterweise hängt die neue Rollenbeschreibung der Streitkräfte mit einer von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachten Verfassungsbeschwerde zusammen, mit der verhindert werden sollte, dass ein Zerstörer der Bundesmarine im Rahmen einer Aktion der westeuropäischen Union und als Teil eines NATO-Verbandes zur Überwachung der Embargo-Maßnahmen der UNO gegen Serbien in der Adria eingesetzt wird. Jedenfalls führte die heftige innenpolitische Debatte über den Bundeswehreinsatz „out of area“, also außerhalb des NATO-Gebietes, zu jener Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Juli 1994, wonach Bundeswehreinsätze bei allen Friedensmissionen der NATO und der WEU zur Umsetzung von UN-Beschlüssen legitim sind, für die Entsendung deutscher Streitkräfte allerdings die vorherige Zustimmung des Bundestages erforderlich ist. Das Gericht trug mit diesem Urteil der Tatsache Rechnung, dass sich die Funktion der Streitkräfte nach der Epochenwende von 1989/90 immer mehr auf die Friedenserhaltung und -erzwingung, also eine internationale „Polizeifunktion“, verlagert hat.

Im Hinblick auf die jüngste Kontroverse zwischen Bundesregierung und IG Metall im Zusammenhang mit der Kriegführung der USA in Afghanistan kann man ohne Übertreibung sagen, dass sich die Kompetenz in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen nicht auf

politische Parteien beschränkt. Die Gewerkschaften haben vielmehr in den vergangenen fünf Jahrzehnten häufig genug wesentlich besonnener, realistischer und auch pragmatischer reagiert. Das gilt auch für die Auseinandersetzung um die deutsche Wiederbewaffnung in den 1950er-Jahren. Jedenfalls haben die Gewerkschaften keine Fundamentalopposition gegen die konsequente Politik der Westbindung Konrad Adenauers geleistet. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass Willy Brandt einer der 11 von beinahe 400 Delegierten war, die auf dem Hamburger SPD-Parteitag 1950 für den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat gestimmt haben. Die SPD lehnte sowohl das Vertragswerk über den Beitritt zur NATO als auch zur Westeuropäischen Union ab. Diese vollständige politische Isolierung dauerte bis zum Jahr 1960, als Herbert Wehner den so genannten Deutschland-Plan, der sich für eine Neutralisierung ganz Deutschlands und damit erneut gegen die Westbindung aussprach, in einer fulminanten Rede zurücknahm. Es sei angemerkt, dass diese von Wehner eingeleitete Phase des Realitätssinnes und des Pragmatismus Anfang der 1980er-Jahre bereits wieder beendet war.

Im Schatten dieser neuen Linie wich auch das konsolidierte und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Armee und Gewerkschaften einem erneuten Misstrauen. Im Grunde hält diese Sprachlosigkeit zwischen beiden Seiten bis heute an. Vergessen scheinen die wichtigen Reden, die der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter 1976 in Hamburg vor der Führungsakademie der Bundeswehr und 1977 bei der Kommandeurstagung in Sindelfingen gehalten hat. Kaum einer kennt mehr die „Gemeinsame 7-Punkte-Erklärung“ aus dem Jahr 1981, mit der nach dem Willen der Spitzenvertreter beider Organisationen gegenseitige Vorbehalte endgültig überwunden werden sollte. Dort heißt es u.a.: „Überkommene gegenseitige Vorbehalte aus diesem historischen Spannungsverhältnis entbehren heute jeglicher Grundlage. Das Festhalten an Vorbehalten würde die Erfüllung der im Interesse aller Bürger und dieses Staates liegenden Aufgaben stören und behindern. Die Bundeswehr und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind darum entschlossen, solche Vorbehalte auszuräumen. Wechselseitiges Vertrauen und Achtung vor dem Auftrag des Anderen sind deshalb die Voraussetzungen für lebendige und belastbare Beziehungen zwischen der Bundeswehr und den Gewerkschaften.“

Dieses Heft will einen neuen Dialog über das Verhältnis von Demokratie, Streitkräften und Gewerkschaften anstoßen. Vor dem Hintergrund der dramatischen Veränderungen der außenpolitischen und sicherheitspolitischen Landschaft sollten die Chancen genutzt werden, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen und im gegenseitigen Interesse fester zu knüpfen.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und dem Ende des Ost-West-Konflikts wird nicht nur in Deutschland die Rolle der Streitkräfte wieder intensiv und kontrovers diskutiert. Viele Länder reagieren auf die internen und externen Herausforderungen damit, dass sie mit einer neuen Aufgabenbeschreibung für ihr Militär zugleich von gewohnten Rekrutierungssystemen Abschied nehmen. Der Umbau von der Wehrpflicht zur Freiwilligenarmee, wie er derzeit in den meisten europäischen Ländern bereits praktiziert und in Deutschland erwogen wird, vollzieht sich inmitten heftiger, öffentlich ausgetragener Grundsatzdebatten über die Beziehungen zwischen Militärverfassung und demokratischer Gesellschaft.

Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein neigte man dazu, zwischen Militär und bürgerlicher Gesellschaft einen unauflösbaren Widerspruch zu konstruieren. Immanuel Kant konstatierte 1795, dass für Gesellschaften, die Freiheit, Rechtsförmigkeit und staatsbürgerliche Gleichheit garantierten, das Militär im Grunde ein Fremdkörper sei. Hundert Jahre später setzte Herbert

Spencer die prinzipiell gewaltlosen, friedlichen Konfliktlösungen bürgerlich-industrieller Gesellschaften in Gegensatz zu kriegerischen Gesellschaftstypen, in denen Zwang, Pflicht und Zucht dominierten. Angesichts der Durchsetzung liberalen Bürgersinns und kapitalistischer Industrialisierung bleibe immer weniger Platz für gewaltbezogene Orientierungen und militärische Strukturen.

Schließlich machte Werner Sombart 1913 auf das „doppelte Gesicht des Krieges“ aufmerksam und bezeichnete das Militär gewissermaßen als Geburtshelfer des modernen Kapitalismus. In die gleiche Richtung argumentierte Max Weber. Er charakterisierte das Militär und seine Gestaltungsformen als einen entscheidenden Faktor des gesellschaftlichen Rationalisierungsprozesses, als „Mutterschoss der Disziplin“ mit weitreichenden Folgen für die Staats-, Wirtschafts- und sogar Familienverfassung.

Unterschiedliche Sichtweisen forderten die sozialwissenschaftliche und politische Diskussion über lange Zeit heraus. Allerdings hat das Verhältnis von Militär und Gesellschaft in den vergangenen 30 Jahren immer weniger Aufmerksamkeit gefunden, sieht man einmal von einem kleinen Kreis von Militärsoziologen ab, die sich hauptsächlich mit militärinternen Organisations- und Sozialisationsproblemen beschäftigten. Die demokratischen Gesellschaften der Nachkriegszeit scheinen die Beziehungen zu ihrem Militär weitgehend konflikt- und störungsfrei organisiert zu haben.

Auch die Historiker haben sich seit Mitte der 1950er-Jahre sang- und klanglos aus der Debatte um das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Militär verabschiedet. Die seit den 1960er-Jahren in Mode gekommene Sozialgeschichtsschreibung sparte das Thema mit wenigen Ausnahmen aus.

Dieses Land braucht wieder eine politische und wissenschaftlich unterfütterte Debatte, um die Aufgaben des Militärs und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Die Debatte um die Wiederaufrüstung in den 1950er-Jahren hatte eine tiefe Ernsthaftigkeit und ein erhebliches Niveau vorzuweisen, sodass man sie getrost zu den ungeschriebenen Fundamenten dieser Republik zählen darf. Eine solche Debatte ist nach den historischen Umbrüchen in der Außen- wie in der Innenpolitik wieder notwendig. Und die Gewerkschaften müssen sich an ihr beteiligen. Sie können dabei auf die wichtigen Beiträge von Theodor Blank und Georg Leber aufbauen, die als Gewerkschafter und Verteidigungsminister die Streitkräfte in diesem Land nachhaltig geformt haben. Auch der erste Reichswehrminister der Weimarer Republik, der umstrittene Gustav Noske, gehört in diese Reihe von Gewerkschaftern, die das Militär in Deutschland im Guten wie im Schlechten geprägt haben.

Die Gewerkschaften organisieren und vertreten viele Tausend Menschen, die in den Streitkräften selbst, in der Zivilverwaltung und den wehrtechnischen Betrieben arbeiten. Die deutschen Streitkräfte und mit ihnen die wehrtechnische und rüstungsindustrielle Basis stehen vor schwer wiegenden Umbrüchen. Bei der Debatte um die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, die Zukunft der Bundeswehr sowie die Neustrukturierung der wehrtechnischen Industrie und die Sicherung der dort vorhandenen Arbeitsplätze dürfen die Gewerkschaften nicht abseits stehen. Sie sollten sich nicht an überkommenen Strukturen festklammern, sondern sich aktiv mit eigenen Vorstellungen und Konzepten in diese Diskussion einmischen. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, die Neustrukturierung der Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie als politisch handelnde Kraft mitzugestalten. Aufgabe der Gewerkschaften kann es nicht sein, lediglich den sozialen Scherbenhaufen, den Entscheidungen von Regierungen und Unternehmen hinterlassen, zu entsorgen. Der Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“ versucht mit seiner Arbeit, seinen vor Jahren erhobenen Anspruch einzulösen, wonach

nämlich die Gewerkschaften in der Diskussion um die Ursachen internationaler Konflikte und die Grundlagen von Sicherheit und Entspannung verstärkt ihre Position vertreten. Er sieht sich dabei in der Tradition von Julius Leber, eines Frontoffiziers des Ersten Weltkrieges und Wehrexperthen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er hat für seine Aufrichtigkeit und seinen Mut nach dem 20. Juli 1944 mit dem Leben bezahlt.

Zum Schluss sei aus einer Rede Thomas Manns zitiert, die er 1938 in Boston gehalten hat und die die Überschrift trug: „Vom kommenden Sieg der Demokratie“. Vor dem Hintergrund des September 2001 strahlen diese Sätze eine geradezu prophetische Kraft aus:

„Humanität wird nicht länger eine Duldsamkeit bedeuten, die sich auf alles erstreckt - auch auf die Entschlossenheit, der Humanität den Garaus zu machen. Auge in Auge mit dem Fanatismus selbst ist eine Freiheit, die aus lauter Güte und humaner Skepsis nicht mehr an sich selbst glaubt, verloren. Nicht eine Humanität der Schwäche und der selbstbezweifelnden Duldsamkeit ist es, die heute der Freiheit Not tut - damit nimmt sie sich erbärmlich und gottverlassen aus angesichts eines Gewaltglaubens, der von keines Gedankens Blässe im Mindesten angekränkelt ist. Was Not tut, ist eine Humanität des Willens und der kämpferischen Entschlossenheit zur Selbsterhaltung. Die Freiheit muss ihre Männlichkeit entdecken, sie muss lernen, im Harnisch zu gehen und sich gegen ihre Todfeinde zu wehren, muss endlich, nach bittersten Erfahrungen, begreifen, dass sie mit einem Pazifismus, der eingesteht, den Krieg um keinen Preis zu wollen, den Krieg herbeiführt statt ihn zu bannen.“